

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Andreas Kaufmann

Abg. Ralf Stadler

Abg. Ulrike Müller

Abg. Benjamin Adjei

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Markus

Rinderspacher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern (Drs. 19/4608)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich hierbei an der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Abgeordnete Markus Rinderspacher für die SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch geopolitisch von zentraler Bedeutung ist. Es geht um die Frage, ob wir Bayern zukunftsfit aufstellen und wie wir Bayern in Zukunft als Exportstandort, als Teil einer global vernetzten Wirtschaft und als Partner im internationalen Dialog aufstellen.

Das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten ist das größte Handelsabkommen, das die Europäische Union jemals verhandelt hat. Nach fast einem Vierteljahrhundert intensiver Gespräche steht es jetzt unmittelbar vor der Ratifizierung. Wir sollten alles daransetzen, es konstruktiv zu begleiten und mitzugestalten. Eines ist klar: In einer Zeit, in der Handelswege zunehmend unter Druck stehen und sich verengen, in der protektionistische Tendenzen zunehmen und globale Lieferketten durch Krisen und Konflikte ins Wanken geraten, braucht Europa verlässliche Partner. Der Mercosur-Raum mit seinen rund 280 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern bietet enormes Potenzial für unsere Wirtschaft, für Wachstum, für Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung.

Gerade für Bayern ist das Mercosur-Abkommen eine echte Chance. Der Freistaat Bayern ist Exportland durch und durch. Wir sind die sechsgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union. Wir sind die vierzehntgrößte Volkswirtschaft der Welt. Der Maschinenbau, die Automobilindustrie und die Chemiebranche leben alle von offenen

Märkten. Mit dem Mercosur-Abkommen könnten Zölle und Handelsbarrieren auf baye-
rische Exporte massiv gesenkt werden. Das eröffnet uns neue Märkte, sichert Arbeits-
plätze in Bayern und stärkt unsere Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene.

Auch für unsere Landwirtschaft und die Lebensmittelverarbeitung bietet das Abkom-
men Perspektive. Ob Milchprodukte, Wein, Spirituosen, verarbeitete Lebensmittel, ge-
rade kleinere und mittelständische Unternehmen könnten von verbesserten Handels-
bedingungen profitieren.

Natürlich – das möchte ich ausdrücklich betonen – darf Freihandel nicht auf Kos-
ten von Umweltstandards oder Arbeitnehmerrechten gehen; aber gerade in diesem
Zusammenhang setzt das Mercosur-Abkommen nach langen Verhandlungen neue
Maßstäbe. Es enthält rechtsverbindliche Verpflichtungen zur Nachhaltigkeit, etwa zur
Bekämpfung illegaler Abholzung bis zum Jahr 2030, zur Einhaltung des Pariser Klima-
abkommens und zur Förderung sozialer Standards. Diese Vereinbarungen sind nicht
bloß Absichtserklärungen, sondern sie sind erstmals integraler, rechtsverbindlicher
Bestandteil eines großen Handelsvertrags. Das ist ein Fortschritt, den wir nicht kleinre-
den sollten.

Gleichzeitig müssen wir auch ehrlich sein: Wenn sich Europa aus diesen Regionen
zurückzieht, wenn Europa in diesen Regionen nicht aktiv wird, dann wird das Vakuum
sofort gefüllt, und zwar nicht von Partnern, die unsere Werte teilen. China ist längst
auf dem Vormarsch in Lateinamerika. Wenn wir dort keine wirtschaftliche Präsenz
zeigen, verlieren wir geopolitisch an Einfluss und dabei die Chance, gemeinsam mit
gleichgesinnten Demokratien den Welthandel zu gestalten.

Ich komme zum Schluss. Das Mercosur-Abkommen ist weit mehr als ein wirtschaftli-
ches Projekt. Es ist ein geopolitisches Statement für offene Märkte, für internationa-
le Partnerschaften, für eine regelbasierte Weltordnung. Wir dürfen diese historische
Chance nicht verstreichen lassen; denn Bayern hat sich immer dann weiterentwickelt,
wenn wir uns technologisch, kulturell und wirtschaftlich geöffnet haben.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Abkommen ist ein weiterer Schritt auf diesem Weg. Lassen Sie uns diesen Weg für Bayern, für Europa und für eine global vernetzte Zukunft gemeinsam gehen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Herr Kollege Andreas Kaufmann für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Andreas Kaufmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, liebe SPD, dass wir heute einmal ein anderes Thema hier im Haus besprechen. Es ist wirklich erfrischend und macht Spaß, dazu zu sprechen.

Ich möchte den Blick einmal kurz in die Vergangenheit, nämlich auf den September 2016, richten: Wiesn-Auftakt, der FC Bayern spielt zu Hause, und es findet eine Großdemonstration auf dem Odeonsplatz gegen CETA und gegen TTIP statt. Der Zustrom war groß. Es waren auch sehr viele dabei, die heute hier sitzen. Die Sorgen waren damals: Wird unsere Rechtsprechung ausgehöhlt, wenn wir Abkommen eingehen? Sind die Chlorhühnchen morgen auf unseren Tellern? Diese Sorgen wurden stark nach vorne getragen, und heute trauern wir, dass TTIP nicht zustande kam, und sind sehr froh, dass CETA den Handel mit Kanada regelt.

Warum trauern wir TTIP nach? – Wir erleben es gerade in unschöner Regelmäßigkeit durch Donald Trump: Zölle hoch, Zölle runter, Zölle nach Osten, Zölle nach Westen, und übermorgen werden sie wieder kassiert. Wahrscheinlich verdient er selber ganz gut daran mit. Das verunsichert die Weltwirtschaft. Jeder handelt plötzlich einzelstaatlich, es führt weltweit zu Protektionismus und lässt die WTO schwächer dastehen. Deswegen ist gerade Mercosur eine starke Antwort auf die Herausforderungen in dieser Zeit und zeigt, dass wir dem Handlungsdruck auch gewachsen sind.

Gerade die gestörten Lieferketten sind ein Problem für unsere bayerische Wirtschaft. Wir sehen das Thema in der Automobil- und Chemieindustrie – das wurde bereits angesprochen –, aber vor allem im Maschinenbau als einen wirklichen Hemmschuh für unsere Wirtschaft. Für Europa, Deutschland und nicht zuletzt für Bayern sind Handelsabkommen zentrale Bausteine für die Wettbewerbsfähigkeit, und Mario Draghi hat es in seinem Bericht sehr eindeutig beschrieben, dass, wenn wir das Abkommen nicht abschließen, vor allem die bayerischen Schlüsselindustrien auf der Strecke bleiben werden.

Ich möchte hier noch einmal auf den Maschinenbau und auf den Automobilstandort, aber auch auf den Landmaschinenbau eingehen, der gerade im südamerikanischen Raum einen brutalen Wachstumsmarkt sieht. Wenn wir bei diesem Wachstum nicht dabei sind, dann haben wir ein Problem. Gerade die Marktzukunft muss für uns alle ein Anliegen sein, dass wir nach vorne kommen und dass unsere Arbeiterinnen und Arbeiter in unseren sehr guten Industrien eine Zukunft haben. Die Zollersparnis, die dieses Abkommen mit sich bringen wird, wird auf 4 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Wenn wir dazu noch den Bürokratieabbau im Gegensatz zum Ist-Zustand berücksichtigen, kann diese Summe leicht vervielfacht werden.

Lieber Kollege Rinderspacher, es ist wichtig, dass wir die Sorgen der Landwirtschaft ernst nehmen. Wenn wir uns gerade den Rindfleischmarkt ansehen, stellen wir fest: Viele haben sehr große Bauchschmerzen, dass wir die gleichen Standards, die wir hier mit Haltungsformen oder mit Tierschutz sehr ernst nehmen und Gott sei Dank umsetzen, dort unten nicht bekommen. Wir sehen ein großes Problem, falls durch unseren Handel diese Standards nicht übernommen werden und am Ende nur der Preis entscheidet. Wir haben Schutzklauseln, die sehr gut ausgehandelt sind. Diese gilt es zu überprüfen. Die Lebensmittelsicherheit, die Umwelt- und die Tierschutzstandards sind verhandelt, und genau darauf werden wir in Zukunft unser Augenmerk lenken.

Nachhaltigkeit – Sie haben es erwähnt –, Arbeitsrecht und Biodiversität sind in diesem Abkommen endgültig und sehr gut ausgehandelt. In dem Zusammenhang hat die

Entwaldungsfreiheit im Gegensatz zu der bayerischen oder zur EU-Verordnung ihre Berechtigung, weil wir es für das Amazonasgebiet in Brasilien für sehr wichtig empfinden, dass die Entwaldungsverordnung angewendet wird, aber dies dort, wo der Wald wirtschaftlich genutzt wird, nicht so sein muss. Deswegen hat das seine Berechtigung.

Die CSU hat das sehr schnell erkannt. Sie hat CETA und TTIP erfolgreich begleitet. Die Nachteile sind nicht eingetreten, und die Erfolge von CETA sind in Bayern schon sehr gut sichtbar. Mercosur und die Begleitung von Mercosur ist die konsequente Fortsetzung dieser Linie. Das Abkommen befindet sich in der Feinabstimmung. Die juristischen Ratifizierungsprozesse laufen. Einige Länder warten noch mit ihrer Zustimmung; aber sie werden nicht daran vorbeikommen, weil sie die Notwendigkeit sehen.

Die Bayerische Staatsregierung begleitet diesen Prozess von Anfang an, und wir sind überzeugt davon, dass Mercosur ein Erfolg wird. Durch politische Gespräche und durch Reisen bringen wir Unternehmen, Behörden und Organisationen zusammen. Wir sind aktiv dabei, das auch weiterhin zu tun. Während andere zaudern und immer weiter nach Fehlern suchen, sind wir schon lange dabei, das Richtige zu tun. Dafür brauchen wir nicht noch einmal eine gesonderte Aufforderung. Deswegen lehnen wir ab, und wir wissen, dass wir das Richtige tun.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ralf Stadler für die AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal stehen wir vor der Frage: Wofür steht eigentlich dieses Mercosur-Abkommen, über das hier euphorisch gesprochen wird? – Ich kann es euch sagen: Wir verraten unsere heimischen Landwirte zugunsten globaler Konzerninteressen und tragen ganz nebenbei zur Zerstörung der Umwelt bei. Wer glaubt, mit Mercosur könnten wir Fahrzeuge, die in Deutschland teuer produziert werden, dort vermehrt auf den Markt bringen, der irrt. Die Masse der Fahrzeuge wird in Zukunft nicht bei uns, sondern günstig

dort produziert. VW ist zum Beispiel bereits mit vier Produktionsstätten in Süd- und Mittelamerika vertreten. BMW hat laut Homepage aktuell drei Produktionsstätten in Südamerika.

Eine Studie im Auftrag der französischen Regierung warnt, dass die Abholzung in den Mercosur-Staaten in den nächsten sechs Jahren um mindestens 25 % zunehmen könnte, sollte das Abkommen in Kraft treten. Da ist es nur ein schwacher Trost, dass erst ab 2030 Gegenmaßnahmen zum Schutz des Regenwaldes ergriffen werden sollen, wie es im Abkommen ausverhandelt wurde. Ja, man fragt sich schon, warum gerade die GRÜNEN einem solchen Naturzerstörungsabkommen zustimmen können. Was glauben denn die Schöpfer des Mercosur-Abkommens, wofür deutsche Landmaschinen und Chemikalien in Südamerika gebraucht werden? – Ganz eindeutig zur Zerstörung der grünen Lunge in dieser Welt, der tropischen Regenwälder.

Während die Verfechter dieses Abkommen als Triumph des Freihandels bejubeln, warnen wir vor blinder Euphorie. In diesem Fall ist Protektionismus keine Diskriminierung, sondern Selbstschutz und echter Umweltschutz. Wie wichtig dieser Selbstschutz ist, sehen wir schon heute. Die wirtschaftliche Lage der bayerischen Landwirte hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Im Wirtschaftsjahr 2023/2024 verzeichneten die Haupterwerbsbetriebe einen durchschnittlichen Gewinnrückgang von 20 %. Diese finanzielle Belastung wird durch das Mercosur-Abkommen weiter verschärft. Die geplante Erhöhung der Importquoten für Agrarprodukte wie Rindfleisch und Soja aus den Mercosur-Staaten setzt bayerische Landwirte einem verstärkten Wettbewerb aus. – So viel zu unserer Regionalität.

Die importierten Produkte führen zu Wettbewerbsverzerrungen, welche die Existenz vieler heimischer Betriebe schon heute bedrohen. Es steht außer Frage, dass Handelsabkommen sinnvoll sein können, doch nicht um jeden Preis. Nicht der freie, sondern der faire Handel sollte das Ziel sein, das wir gemeinsam anstreben. Deshalb lehnen wir den vorliegenden Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ulrike Müller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als FREIE WÄHLER stehen wir natürlich für eine offene, faire und an Werten orientierte Handelspolitik. Der Austausch von Waren, Wissen und Innovation ist gerade für unser exportstarkes Bayern von zentraler Bedeutung. Ja, das Mercosur-Abkommen bringt wirtschaftliche Chancen, besonders für unsere Weltmarktführer im Maschinenbau, in der Fahrzeugtechnik und der Chemie.

Doch lassen Sie uns nicht nur auf Exportbilanzen blicken. Gehen wir einen Moment raus aus dem Bayerischen Landtag und hinein in die bayerische Realität. Auf einem Hof im Allgäu oder in der Oberpfalz lebt ein Landwirt, der jeden Tag vor Sonnenaufgang aufsteht, der mit großem Verantwortungsgefühl seine Tiere versorgt, seine Felder bestellt, mit jeder Investition rechnen muss und gleichzeitig höchste Standards in Sachen Tierwohl und Umweltschutz erfüllen soll. Dieser Landwirt schaut mit Sorge auf das Mercosur-Abkommen; denn er weiß: Mit der Einfuhr Zehntausender Tonnen südamerikanischen Rindfleisches kommen Produkte auf unseren Markt, die oft unter völlig anderen Bedingungen entstanden sind, auf Flächen, die vorher Regenwald waren, ohne Rücksicht auf ökologische und soziale Standards. Für ihn geht es nicht um Geopolitik, sondern um das wirtschaftliche Überleben.

Genau das ist der Kern unserer Kritik. Dieses Abkommen schafft auf der einen Seite neue Chancen für die Großindustrie und die Konzerne, auf der anderen Seite gefährdet es aber unsere bäuerlichen Familienbetriebe; denn gerade bei Premiumfleischstücken wie Entrecôte, Filet oder Roastbeef droht eine massive Marktverdrängung. Das ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, das ist ein Schlag gegen all jene, die bei uns Tag für Tag für regionale, sichere und nachhaltige Lebensmittel sorgen.

Natürlich, die Mercosur-Staaten haben zugesagt, die illegale Entwaldung bis 2030 zu stoppen. Aber Hand aufs Herz: Wer glaubt denn wirklich daran, dass diese Zusagen in der Realität eingehalten werden? Ich plädiere dafür, dass wir ganz genau hinschauen, dass dieses Pariser Abkommen und das Sustainability Chapter auch tatsächlich umgesetzt werden. Auch innerhalb der SPD gab es einmal eine sehr klare Haltung. Die Europa-Abgeordnete Maria Noichl sprach beim digitalen Landesparteitag im Jahr 2020 von einem klimazerstörerischen Landwirtschaftsmodell, das auf Dumpingpreise und Pestizide setze. Sie sagte wörtlich: "Es ist schade, dass die europäische Landwirtschaft hier wieder einmal als Verhandlungsmasse unter die Räder gekommen ist."

Leider findet diese kritische Haltung im aktuellen Antrag keinen Niederschlag. Wir FREIEN WÄHLER erkennen natürlich die Bedeutung des internationalen Handels an, aber wir stehen für einen Handel, der nicht einseitig zugunsten von Konzerninteressen gestaltet wird, sondern alle mitnimmt, auch die kleinen Höfe, die Handwerksbetriebe und die Menschen auf dem Land, die mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass unser Land lebt, versorgt ist und Heimat bleibt. Das Mercosur-Abkommen ist auf europäischer Ebene zwar politisch ausverhandelt – aktuell läuft die Übersetzung in 24 Sprachen, und der Juristische Dienst schaut noch einmal drüber –, aber dann folgt der letzte formelle Schritt. Das Abkommen geht in die nationalen Parlamente. Sie haben das letzte Wort. Deshalb sind jetzt der Bundestag und der Bundesrat gefordert und gefragt.

Für mich bedeutet das, dass die Verantwortung zunächst einmal in Berlin und damit bei Ihnen liegt, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der SPD. Sie sind Teil der Bundesregierung. Sie entscheiden mit, ob dieses Abkommen in Kraft tritt, und Sie entscheiden damit auch über die Zukunft vieler kleiner landwirtschaftlicher Betriebe in unserem Land. Mein Appell an Sie ist deshalb ganz klar: Denken Sie nicht nur an die großen Player in der Industrie. Denken Sie auch an die Menschen, die morgens um 5 Uhr im Stall stehen, die bei Wind und Wetter auf dem Traktor sitzen und dafür sorgen, dass in unseren Läden regionale, sichere und nachhaltige Produkte liegen.

Sie stehen nicht auf den Messebühnen in São Paulo; sie stehen in Gummistiefeln auf der bayerischen Erde. Sie erwarten zu Recht, dass Politik ihre Interessen schützt.

Freihandel ja, aber nur dann, wenn er fair, nachhaltig und gerecht ist. Handeln Sie also auf Bundesebene verantwortungsvoll. Stärken Sie die Industrie durch Handelsabkommen, und schaffen Sie Ausgleich für die Landwirte, falls es zu Marktverwerfungen kommt. – Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Benjamin Adjei für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die geopolitische Situation ist durchwachsen wie nie. Die USA und Donald Trump schlagen mit Zöllen und Zollstreitereien um sich und gefährden damit die europäische und die weltweite Handels- und Wirtschaftssituation. Auf der anderen Seite setzt China nur auf die eigenen geostrategischen Interessen. Im Rahmen des Ausbaus der Neuen Seidenstraße baut China Häfen, Eisenbahnen und Minen mit dem Ziel, strategischen Zugang zu Rohstoffen, zu Infrastruktur und zu Handelswegen zu erhalten. Damit will China seinen geopolitischen Einfluss mehren, ohne dabei auf Standards für die Umwelt, das Klima, die Menschenrechte oder auf soziale Belange zu achten.

Wir brauchen dazu einen europäischen Gegenentwurf, der auf faire Partnerschaft und auf geopolitische Verantwortung setzt. Gute Handelsabkommen können genau das bieten. Sie stärken die Wirtschaftsräume der beteiligten Partner. Sie sorgen für Wachstum, sie sorgen für Arbeitsplätze, sie sorgen für Handel und für sichere Lieferketten und verringern damit Abhängigkeiten.

Die EU-Kommission hat sich in den letzten Jahren sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt, welche Handelsabkommen geschlossen werden können, um gute und

faire Partnerschaften aufzubauen: Kanada, Neuseeland, Chile, Mexiko und jetzt aktuell Mercosur. Mercosur steht noch in der Ratifizierung. Vorhin wurde schon angesprochen, dass es wichtig ist, hierbei auf Nachhaltigkeitskriterien und entsprechende Vorgaben zu achten. Mercosur ist nicht in den letzten Wochen entstanden. Hinter uns liegen mittlerweile fast 25 Jahre mit Verhandlungen, bei denen einige Regelungen nachgeschärft worden sind. Ich möchte auf das Thema Entwaldung hinweisen, für das im Mercosur-Abkommen klare Regelungen aufgenommen wurden. Auch die Menschenrechtssituation wurde berücksichtigt. Die Themen Umwelt und Klimaschutz wurden im Mercosur-Abkommen wie in kaum einem anderen Handelsabkommen berücksichtigt.

Trotzdem gibt es jetzt immer wieder Bedenken. Bedenken muss man natürlich ernst nehmen. Wir haben im Moment insbesondere die französische Regierung, die sich gegen Mercosur ausspricht, die Mehrheiten gegen die Ratifizierung sicherstellen möchte und die damit – ich sage es so, wie es ist – auch ein europäisches geopolitisches Desaster provozieren könnte. Die letzten Äußerungen der französischen Regierung gehen jetzt schon in eine andere Richtung. Auch sie merkt, dass ein Scheitern von Mercosur Europa am Ende massiv schwächen würde.

Deswegen ist es wichtig, auf die Bedenken beispielsweise aus Bereichen der bäuerlichen Landwirtschaft, die es gibt – die Kollegin Müller hat einiges ausgeführt –, einzugehen. Natürlich kann man davon reden, dass argentinisches Rindfleisch Europa am Ende überschwemmen wird. Wenn man ganz ehrlich ist, muss man dazu sagen, dass es ein Kontingent von 99.000 Tonnen gibt. Das entspricht 1,2 % der europäischen Rindfleischproduktion. Von einem Überschwemmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann da sicherlich nicht die Rede sein, ganz im Gegenteil.

Ich glaube, die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Deutschland hat sicherlich mit anderen Problemen zu kämpfen. Insbesondere die neue Bundesregierung steht in der Pflicht, sich Gedanken zu machen, woher denn eigentlich die Herausforderungen für unsere kleinbäuerliche Landwirtschaft in Deutschland kommen, die auch ohne das

bestehende Mercosur-Abkommen – wir kennen die Zahlen hier in Bayern – immer weiter wachsen.

Gleichzeitig muss die Bundesregierung sich insbesondere mit der französischen Regierung intensiv auseinandersetzen, um die Bedenken auszuräumen und sicherzustellen, dass Mercosur am Ende ausgeführt, ratifiziert und beschlossen werden kann, damit wir genau diese europäischen Standards, die wir in das Mercosur-Abkommen mit hineinverhandelt haben, im Rahmen des Handelsabkommens – übrigens auch positiv im Hinblick auf die beteiligten südamerikanischen Länder – in die Umsetzung bringen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Ulrike Müller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER vor. Bitte schön.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Lieber Benjamin, du weißt natürlich genauso gut wie ich, dass es hier um 200.000 Tonnen Rindfleisch geht, die aktuell schon bei uns auf dem Markt sind, allerdings mit 20 % Steuern oder Zöllen. Es geht tatsächlich darum, 99.000 Tonnen auf einen Steuersatz von 7,5 % abzusenken. Das ist enorm, wenn man weiß, dass nur hochqualitatives Rindfleisch ins Land kommt. Das sind die Edelteile wie Roastbeef und Filet. Das macht schon etwas aus, weil die Standards hier bei der Produktion doch erheblich anders sind. Hormone im Fleisch kann man nicht mehr nachweisen. Die Werte betreffend Rückstände von Pflanzenschutzmitteln werden eingehalten; also die Nachweispflicht ist sehr, sehr streng.

Ich weiß natürlich, dass wir dieses Abkommen brauchen. Ich bin mir schon sicher, dass wir hier auch gemeinsam Mehrheiten finden. Allerdings ist dieser SPD-Antrag aus unserer Sicht erledigt, weil die Staatsregierung das Geforderte bisher schon getan hat. – Ich habe keine Frage.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Eigentlich ist bestätigt worden, was ich zu den Zahlen gesagt habe. Es geht um 99.000 Tonnen im Jahr, die dann zu einem reduzierten Zollsatz eingeführt werden können.

Am Ende steht die Frage der Standards. Das ist schon eine Frage der Nachverfolgung. Es gibt Fraktionen, die sagen, sie seien mit Blick auf das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und Ähnliches gegen Nachverfolgbarkeit; das heißt, man will keine Infrastruktur schaffen, um nachzuverfolgen, wie Sachen in Herkunftsländern eigentlich hergestellt werden und wie Standards sichergestellt werden können. Ohne Kontrollen besteht natürlich die Gefahr, dass man sich nicht an die Standards halten wird.

Wir sind da anderer Auffassung. Wir wollen Freihandel mit Transparenz im Hinblick auf Lieferketten kombinieren. Dann ist nämlich genau der Schutz der Landwirtinnen und Landwirte mit Blick auf die Standards gewährleistet.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen bitte anzeigen! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Der Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.